

## Berner Politik

# Staat gräbt den Privaten das Wasser ab

**Magdalena Martullo\***  
über den Staat als Konkurrent



In der freiheitlichen Schweiz hat sich der Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Was Private besser erbringen können, ist Privaten zu überlassen. Nun breitet sich der Staat aber immer mehr aus und konkurrenziert private Unternehmen. Öffentliche Stromversorger betätigen sich als Dachdecker, Sanitärinstallateure und Elektriker; Stadtgärtnereien agieren als Gärtner und Floristen; die SBB bedrängt Reisebüros und die Swisscom die Eventbranche; sogar das Bundesgericht tritt auf den Markt; das Bundesamt für Energie verkauft Energieberatungen. Das Mediengesetz will ausgewählte Medien (nicht alle) noch stärker subventionieren. Überall steigen Anbieter, welche staatliche Monopolerlöse oder feste Staatsgelder erhalten, mit längeren Spiessen in private Märkte ein.

Leider geht die aktuelle Bündner Regierung auch so vor. Bei privaten eingemieteten Unternehmen unterbreitet sie subventionierte Lockangebote zur «Neuansiedlung» und verkauft das Abwerben dann noch als «erfolgreiche Wirtschaftsförderung»! 2022 sind staatliche Konkurrenzierungen sogar offiziell in ihrem Programm vorgesehen! Der Regierungspräsident gab bekannt, der Regierung bereite Sorgen, dass der Kanton als Arbeitgeber «zunehmend Probleme» bei der Rekrutierung von Fachkräften habe. Dabei stehe die Verwaltung «vermehrt auch in Konkurrenz zu priva-

ten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern». Deshalb wolle man nun die Anstellungskonditionen beim Kanton verbessern, in der Pensionskasse und im Personalgesetz. Jedes private Unternehmen in Graubünden weiss, wie schwierig es ist, gute Fachkräfte zu rekrutieren. Statt dass sich die Bündner Regierung darum kümmert, den Kanton für Fachkräfte attraktiv zu gestalten, will sie sie mit besseren Konditionen von Privaten abwerben! Mit der Konsequenz, dass sie dann dort noch mehr fehlen!

Der Fachkräftemangel ist aber auch darauf zurückzuführen, dass der Staat laufend mehr Mitarbeitende beschäftigt. Bereits liegen dessen Löhne und Sozialleistungen über den marktüblichen Entschädigungen der Privatwirtschaft. Die kantonale Verwaltung beschäftigt in Graubünden 3000 Mitarbeitende und ist mit Abstand der grösste Arbeitgeber!

Konkrete Massnahmen hat der Staat immer abgewehrt. So bleibt uns nur, auf Personen zu setzen, welche die richtige Grundhaltung haben und die die Interessen des Staates denjenigen der Privatwirtschaft unterordnen. In der Bündner Regierung gehören drei der fünf Mitglieder zur «Die Mitte». Sie stellen damit die Mehrheit. Sie haben eine grosse Verantwortung uns Unternehmern gegenüber, die im harten Konkurrenzkampf um Aufträge stehen, mit den Schwierigkeiten im Arbeitsmarkt Graubünden kämpfen und die täglich Gewinn erwirtschaften und via Steuern den staatlichen Verwaltungsapparat finanzieren! Mehr Nähe zum Gewerbe und zur Industrie würde unserer Regierung gut anstehen!

\* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.